

Inhaltsverzeichnis

Problemstellung	1
Erster Teil	
Historische Entwicklung und prägende Prinzipien des Grundsatzes wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit.	5
A. Die historischen Ursprünge des Grundsatzes wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit.	5
B. Der Grundsatz wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit im System handelsrechtlicher GoB	6
I. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise im Bilanzrecht	7
II. Das Vorsichtsprinzip	8
C. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Vermögenszugehörigkeit vor Einführung des BilMoG.	9
I. Das rechtliche Eigentum als Regelfall wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit	9
II. Originär handelsrechtliche Zurechnungsmaßstäbe	10
1. Konkretisierungsansätze	10
2. Würdigung	12
III. § 39 AO als Konkretisierungshilfe?	14
1. Einleitung	14
2. Die wirtschaftliche Zurechnung im Steuerrecht nach § 39 AO	15
a) § 39 AO als Ausfluss des Prinzips wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	15
b) Die Entwicklung des wirtschaftlichen Eigentums im Steuerrecht	17
aa) Die historischen Ursprünge	17
bb) Die negative Begriffsbestimmung durch Seeliger	18
c) Der Tatbestand von § 39 AO	19
aa) Regel und Ausnahme	19
bb) Das wirtschaftliche Eigentum als Typusbegriff.	20
cc) Die gewöhnliche Nutzungsdauer	21
dd) „Im Regelfall“	21
ee) Der Eigenbesitz als Sonderfall des § 39 AO	22

3. Der Meinungsstand	23
a) Die Rechtsprechung des BFH: § 39 AO als Konkretisierungshilfe für den Grundsatz wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit	23
b) Das Urteil des BGH vom 6. November 1995: Trennung von wirtschaftlichem Eigentum in Bilanz- und Steuerrecht	25
c) Ansichten in der Literatur	26
aa) Konkretisierung durch § 39 AO	26
bb) Keine Konkretisierung durch § 39 AO	27
4. Stellungnahme	29
a) Die Vermengung bilanzrechtlichen und steuerrechtlichen Gedankenguts als Ausgangspunkt.	29
b) Prinzipien- und strukturbedingte Unterschiede	29
c) Zwischenergebnis	30
IV. Die Leasingerlasse als Konkretisierungshilfe?	31
1. Einleitung	31
2. Die Leasingerlasse zum Leasing beweglicher Sachen	32
a) Der Vollamortisationserlass zum Mobilienleasing	32
b) Der Teilamortisationserlass zum Mobilienleasing	33
3. Der Meinungsstand.	34
4. Stellungnahme	36
V. Ergebnis	38
D. Fazit	38

Zweiter Teil

Die Auslegung von § 246 Abs. 1 S. 2 HGB. 39

A. Einleitung 39

B. Der Meinungsstand 40

C. Eigene Auslegung 41

I. Der Wortsinn von § 246 Abs. 1 S. 2 HGB 41

II. Systematische Aspekte. 42

1. Heranziehung von § 39 AO unter systematischen Gesichtspunkten? 43

2. Heranziehung von § 340 b HGB unter systematischen Gesichtspunkten? 43

3. Heranziehung von § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB unter systematischen Gesichtspunkten? 43

a) „Risiken und Chancen“ als gemeinsamer Nenner 43

b) Geschichte und Regelungsinhalt von § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB	44
aa) Der Charakter von Zweckgesellschaften	44
bb) Die Finanzkrise als Auslöser für die Regelung des § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB	45
cc) Die Auslegung von „Risiken und Chancen“ im Rahmen von § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB	47
c) Sachliche Übereinstimmung zwischen § 246 Abs. 1 S. 2 HGB und § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB?.	48
4. Zwischenergebnis	50
III. Die historische Auslegung	50
1. Grundlegendes zur historischen Auslegung.	50
2. Die Entstehungsgeschichte von § 246 Abs. 1 S. 2 HGB	52
a) Der Referentenentwurf	52
b) Der Regierungsentwurf	53
c) Die Stellungnahme des Bundesrates.	54
d) Die Stellungnahme des Rechtsausschusses des Bundestags	55
3. Die Regelungsabsicht des Gesetzgebers	55
a) Einstieg	55
b) Keine Auslegung im Lichte der IFRS	56
c) Auslegung im Lichte von § 39 AO	57
aa) Der Wille des Gesetzgebers: § 39 AO als Konkretisierungshilfe	57
bb) Unmittelbare Anwendung von § 39 AO im Steuerbilanzrecht?	58
d) Die Leasingergasse als „Arbeitshilfen für die Praxis“	59
e) Zwischenergebnis	60
4. Subjektiv-teleologische Auslegung	60
a) „Das Gesetz in der ihm eigenen Vernünftigkeit“	60
b) Der Konflikt zwischen § 39 AO und dem Vorsichtsprinzip	61
aa) Der Stellenwert des Vorsichtsprinzips im BilMoG	61
bb) Die Lösung des Konflikts zu Gunsten des Vorsichtsprinzips	62
c) Keine Vereinbarkeit der Leasingergasse mit dem Telos vorsichtiger Gewinnermittlung	63
d) Konkretisierung des Grundsatzes wirtschaftlicher Vermögenszugehörigkeit anhand traditioneller handelsrechtlicher Kriterien	63
e) Zwischenergebnis	64
IV. Ergebnis	64

D. Fazit	65
---------------------------	----

Dritter Teil

Divergenzen zwischen wirtschaftlichem Eigentum in Bilanz- und Steuerrecht	67
--	----

A. Einleitung	67
--------------------------------	----

B. Art und Grad der Absicherung des wirtschaftlichen Eigentums bei unwirksamen Rechtsgeschäften	68
--	----

I. Problemstellung	68
------------------------------	----

II. Die wirtschaftliche Zurechnung bei unwirksamen Rechtsgeschäften im Bilanzrecht.	69
---	----

1. Die Rechtsprechung des BFH	69
---	----

2. Die Rechtsprechung des BGH	71
---	----

3. Ansichten in der Literatur	72
---	----

a) Die herrschende Ansicht: Rechtlich abgesicherte Position erforderlich	72
--	----

b) Die Ansicht von Goerdeler und Müller	73
---	----

c) Die Ansicht von Lüdenbach und Hoffmann	74
---	----

d) Die Ansicht von Döllerer	74
---------------------------------------	----

4. Würdigung	74
------------------------	----

a) Die Erforderlichkeit einer rechtlichen Absicherung	74
---	----

b) Rechtliche Absicherung durch § 242 BGB?.	76
---	----

c) Rechtliche Absicherung bei Vollzug eines unwirksamen Kausalgeschäfts?	76
--	----

aa) Regelmäßig keine Bestätigung des unwirksamen Rechtsgeschäfts gemäß § 141 BGB	76
--	----

bb) Nach der Übereignung: Rechtliche Absicherung durch die §§ 814, 815 BGB?.	77
--	----

d) Ausreichende Absicherung bei wahrscheinlicher Heilung?	79
---	----

e) Ausreichende Absicherung bei wahrscheinlicher Genehmigung?	80
---	----

f) Zwischenergebnis	80
-------------------------------	----

III. Die wirtschaftliche Zurechnung bei unwirksamen Rechtsgeschäften im Steuerrecht.	81
--	----

1. Die Rechtsprechung des BFH	81
---	----

2. Ansichten in der steuerrechtlichen Literatur	83
---	----

a) Die herrschende Lehre: Faktische Absicherung und Anwendbarkeit von § 41 Abs. 1 AO.	83
---	----

b) Abweichende Ansicht: Keine Anwendung von § 41 Abs. 1 AO	84
aa) Die Ansicht von Kurz	84
bb) Die Ansicht von Lüdenbach und Hoffmann	85
c) Zusammenfassung des Meinungsstands	86
3. Würdigung	86
a) Wirtschaftliches Eigentum bei faktischem Ausschluss des Eigentümers	86
b) § 41 Abs. 1 AO als faktische Ausschlussmöglichkeit	86
aa) Anwendbarkeit von § 41 Abs. 1 AO im Rahmen der wirtschaftlichen Zurechnung nach § 39 AO	86
bb) Die §§ 39 ff. AO als Ausdruck einer einheitlichen wirtschaftlichen Betrachtungsweise	87
c) Zwischenergebnis	89
IV. Ergebnis	90

C. Die unterschiedliche Gewichtung von positivem und negativem Moment im Rahmen der wirtschaftlichen Zurechnung bei echten Pensionsgeschäften

I. Einführung	91
1. Das Pensionsgeschäft	92
a) Die Arten von Pensionsgeschäften	92
b) § 340 b HGB	94
2. Ähnliche Wertpapiergeschäfte	95
a) Repurchase Agreements	95
b) Wertpapierdarlehen	96
3. Bestimmung des Ausgangspunkts	97
II. Der Meinungsstand	98
1. Die Rechtsprechung zu Pensions- und Kostgeschäften	98
a) Die Rechtsprechung des RFH zu Kostgeschäften	98
b) Die Entscheidungen der Finanzgerichte Baden-Württemberg und Hessen zur wirtschaftlichen Zurechnung von Pensionsgütern	98
c) Die Rechtsprechung des BFH zur Zurechnung der Erträge aus dem Pensionsgut im Steuerrecht	99
d) Die Rechtsprechung des BFH zum Dividenden-Stripping	101
2. Ansichten in der Literatur	102
a) Überblick	102
b) Zurechnung zum Pensionsgeber	103

c)	Zurechnung zum Pensionsnehmer	104
aa)	Das Verwertungsrecht als zentrales Zurechnungskriterium im Bilanzrecht	104
bb)	Die Verfügungsbefugnis als maßgebliches Zurechnungskriterium im Steuerrecht	107
d)	Differenzierende Betrachtung	108
3.	Die Ansicht der Finanzverwaltung	110
III.	Stellungnahme	111
1.	Zum Aussagegehalt der Rechtsprechung	111
a)	Die Rechtsprechung des RFH zu Kostgeschäften	111
b)	Der Beschluss des Großen Senats	112
c)	Die Rechtsprechung des BFH zum Dividenden-Stripping	113
d)	Fazit	113
2.	Vertretbare Pensionsgüter als geeignete Zurechnungsobjekte	114
a)	Bezugspunkt: Konkretes Zurechnungsobjekt	114
b)	Die Gefahr der Doppelbilanzierung als notwendiges Übel	114
3.	Der Stellenwert des Verwertungsrechts im Bilanzrecht	115
a)	Anwendung des Verwertungsrechts als Zurechnungskriterium auf „Standardfälle“ der wirtschaftlichen Zurechnung	115
b)	Anwendung auf echte Pensionsgeschäfte	116
c)	Wertung	117
4.	Der Stellenwert der Verfügungsbefugnis im Steuerrecht	119
5.	Die Gesamtbildbetrachtung	121
a)	Bilanzrecht: Verwertungsrecht vs. Wertänderungspotential	121
b)	Steuerrecht: Verfügungsbefugnis vs. Wertänderungspotential	121
6.	Ergebnis	123

D.	Der Verlust des wirtschaftlichen Eigentums am Beispiel von Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt	124
I.	Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums	124
II.	Verlust des wirtschaftlichen Eigentums	125
III.	Stellungnahme	126
1.	Der typische Geschehensablauf in Bilanz- und Steuerrecht	126
2.	Zeitpunkt der Ausbuchung beim Sicherungsgeber und Vorbehaltskäufer	127
3.	Zeitpunkt der Einbuchung beim Sicherungsnehmer und Vorbehaltsverkäufer	128
4.	Ergebnis	129

E. Fazit	130
Zusammenfassung der Ergebnisse	133
Verzeichnis der zitierten Schriften	137